

Peter Schenzer
Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Impuls-Referat für 12.08.04 / AG „Abrüstung statt Sozialabbau“ / Sozialforum HH

Vorbemerkung

Wir erinnern uns: Fast zeitgleich im März letzten Jahres, im Schatten des Krieges gegen den Irak (Am 20.03.03 begann der mehr als dreiwöchige barbarische Bombenhagel der USA gegen den Irak) startete die Bundesregierung mit der Agenda 2010 einen in der Geschichte der BRD einzigartigen Generalangriff auf die von den lohnabhängig Beschäftigten in Jahrzehnten erkämpften sozialen Sicherungssysteme. Eine Kriegserklärung des Sozialabbaus!

Warum gerade eine Agenda bis zum Jahr 2010?

Am 01. Mai 2004 eröffnete die EU einen Absatzmarkt mit 500 Millionen Menschen durch die Erweiterung auf 25 Staaten! Das Ziel besteht darin bis 2010 (deshalb auch Agenda 2010) Weltmacht zu sein, die USA zu überholen oder zumindest mit den „USA auf gleicher Augenhöhe zu stehen“ und den Dollar als Leitwährung abzulösen. Agenda 2010, GATS, Hartz, Privatisierung von Krankenhäusern / Bildung / Arbeitsvermittlung, Kündigung des Tarifvertrages im Öffentlichen Dienst und Abschaffung der 38,5 Std. Woche, Privatisierung der Telekommunikation, des Transportwesens, der Post und nicht zuletzt auch des Wassermarktes – das alles hat letztendlich nur ein Ziel: weitere Vorbereitung der BRD auf den sog. globalen Wettbewerb und sich letztendlich als Großmacht in der EU gegenüber dem USA in Stellung zu bringen. Es geht um die neoliberale Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche. Das reicht hier in Hamburg z.B. bis in jeden einzelnen Bezirk, Stadtteil, bis zu jedem KITA-Platz, bis zur Zerschlagung und Privatisierung des LBK, der Liquidierung der HWP, etc. Nicht alle Bereiche werden zeitgleich betroffen – aber es wird alle treffen!

Kriegs- und Aufrüstungs - Agenda 2010?

Das Ziel bis 2010 die USA ökonomisch zu überholen bzw. einzuholen findet sich auch entsprechend in den Aufrüstungsplanungen in der EU und damit in der BRD wieder:

Die Bundeswehr ist auf dem Weg zur weltweit einsetzbaren Angriffsarmee!

„Mögliches Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt“. Markanter als es Verteidigungsminister Struck am 13.1.2004 auf einer Pressekonferenz über die zukünftigen Bundeswehrplanungen tat, lässt sich die Dimension deutscher Militärpolitik kaum umreißen. Ab 2006 will Struck die Bundeswehr so radikal umbauen wie noch nie. Bis Ende des Jahrzehnts – also 2010(!) - soll die Bundeswehr in drei völlig neue Kategorien unterteilt werden, die ihr neue Offensivkraft verleihen soll:

- 35.000 Mann „Eingreifkräfte“. Das sind Hightech-Soldaten aller drei Teilstreitkräfte. 15.000 von ihnen für die Schnelle Eingreiftruppe der NATO, NRF (NATO-Responce-Force) sowie 18.000 für die Schnelle Eingreiftruppe der EU und je 1.000 für Standby-Arrangements der UNO und für nationale Evakuierungsmaßnahmen.
- 70.000 Mann „Stabilisierungskräfte“, die für längerfristige Einsätze vorgesehen sind, also KFOR, SFOR, ISAF etc.. Damit wird der „Einsatz von bis zu 14.000 Soldaten, aufgeteilt auf bis zu fünf verschiedene parallel laufende Operationen möglich“. Die „Stabilisierungskräfte“ sind eskalationsfähig und zwischen ihnen und den „Eingreifkräften“ besteht ein operatives Wechselspiel“, verkündete Struck.

- 210.000 Soldaten und ziviles Personal „Unterstützungskräfte“, (im Verhältnis 135.000 militärische zu 75.000 zivile).

Es ist auch kein Zufall, dass immer wieder von den Herrschenden in EU und Deutschland die Jahre 2010 bis 2015 als Zielterminierungen genannt werden, wo dann die jetzigen Beschaffungsprogramme für Kriegswaffensysteme für weltweite Kriegseinsätze erst einmal abgeschlossen sein sollen, um dann endlich auch unabhängig von NATO und USA agieren zu können. So wird u.a. auch in dem SPD-Papier „Wehrtechnik und Politik“ folgendes ausgeführt: „Wir brauchen eine Ausrüstungsplanung, die den Rüstungsunternehmen eine Perspektive von 5-10 Jahren geben kann.“

Die jetzigen Beschaffungsprogramme für Kriegswaffensysteme für weltweite Kriegseinsätze und die Auslandseinsätze verursachen eine milliarden schwere Kostenflut. Die rot-grüne Bundesregierung handelt unter dem Motto:

Bewaffnet bis an die Zähne – aber kein Geld für Zahnersatz

In der Tat, für die drei Milliarden Euro Defizit der gesetzlichen Krankenkassen rückt die Bundesregierung keinen Cent heraus. Nahezu gleichzeitig beschloss sie - ohne die geringsten Anzeichen von Scham - den Kauf von 60 Airbussen A 400 M. Der Kriegstruppentransporter ist ihr 6,617 Milliarden Euro wert – mehr als zweimal so viel wie das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen. Wer Deutschland nach Strucks neuem Geographieverständnis am „Hindukusch und in der ganzen Welt“ verteidigen will, braucht diese Maschinen, um Kriegsgerät und Personal an die neuen Verteidigungslinien, Tausende Kilometer von Deutschlands Grenzen entfernt, zu transportieren. Für Zähne an der Heimatfront hat nun jede(r) privat zu sorgen, während gleichzeitig künftig mehr als doppelt so viele wie gegenwärtig an Soldaten dauerhaft in Auslandseinsätze entsandt werden sollen.

Gegenwärtig sind 7.000 Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz.

Stolz verkündet die Bundeswehr auf ihrer Web-Seite: „... vom Balkan über Djibouti bis Afghanistan, von der Beobachtermission bis zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus: In Krisenregionen auf drei Kontinenten stehen derzeit ca. 7000 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz. Deutschland gehört somit zu den Nationen, die für internationale Einsätze die meisten Truppen stellen ...“ (!)

Offensichtlich lässt sich die Bundesregierung von dem Grundsatz leiten: Je mehr deutsche Soldaten und deutsches Kriegsgerät bei Militärinterventionen eingesetzt werden, desto größer ist der deutsche Anteil an Rohstoffen und Märkten auf der Welt.

Steigende Kosten für Auslandseinsätze und wachsende Kinderarmut

Das Deutsche Kinderhilfswerk befürchtet als Folge der Agenda 2010 – zynisch auch Sozialreformen genannt – eine dramatisch wachsende Kinderarmut. Durch die Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe zum sog. Arbeitslosengeld II und der damit einhergehenden Absenkung der Regelleistungen auf 345 Euro mtl.(!) wird die Zahl der von Armut betroffenen Kinder um eine halbe Million auf 1,5 Millionen ansteigen. 3,6 Milliarden Euro werden durch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe frei. Ein Schelm, wer dabei an die Auslandseinsätze der Bundeswehr denkt. 1,8 Milliarden Euro kosten sie uns Steuerzahler jährlich. 1995 betrug dieser Haushaltsposten 131 Millionen Euro. Es ist hauptsächlich die Leistung von Rot-Grün, ihn in zehn Jahren mehr als vervierzehnfacht(!) zu

haben und ein Ende der Kostensteigerungen ist nicht in Sicht.. Die Kosten sind mit der Absenkung der Arbeitslosenhilfe nun gedeckt. Es bleiben also weitere zwei Milliarden Euro von dem, was die Arbeitslosenhilfebezieher jährlich hergeben müssen. Für die neuen Kampfhubschrauber "Tiger" benötigt die Bundesregierung 3,4 Milliarden Euro. Schon in knapp zwei Jahren kann sie diese Anschaffung aus der unfreiwilligen Abgabe der Arbeitslosen bezahlen. Für die 5,3 Milliarden Euro, die die neuen Transporthubschrauber kosten werden, müssen die Arbeitslosengeld II - Bezieher dann noch weitere drei Jahre blechen.

Für Rüstung und Militär fehlt es nicht an Geld

Strucks Ankündigung auf der o.g. Pressekonferenz am 13.01.04, die Ausgaben der Bundeswehr zu kürzen, ist reine Demagogie in Zeiten drastischer Kürzungen sozialer Leistungen.

Es handelt sich lediglich um Umschichtungen und „Sparen“ durch Personalabbau, Standortschließungen, Verschrottung und Export ausgedienter, veralteter Waffen, um die milliardenschwere Auf- und Umrüstung der Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze abzusichern. Für Rüstung und Militär fehlt es nicht an Geld. Für 2005 ist vom Bundeskabinett im sog. Einzelplan 14 ein Verteidigungsetat von 23,9 Mrd. Euro beschlossen worden. Das ist ein Plus von 0,4 Prozent gegenüber 2004. Damit stellt zwar die Regierung dem Verteidigungsministerium im Jahr 2005 etwa 350 Mio. Euro weniger zur Verfügung als Minister Struck in seiner eigenen Haushaltsplanung im sog. BwPl05 angesetzt hat. Allerdings darf das Verteidigungsministerium Erlöse aus z. B. Kriegswaffenexporten und den Verkauf von Liegenschaften behalten. Dabei ist von Beträgen von jährlich mindestens 100 Mio. Euro auszugehen.

Doch trotz der „Kürzungen“ ist eine gigantische Kostenflut für die neue Waffen und Ausrüstungen für die weltweite Kriegseinsatzfähigkeit der Bundeswehr (u.a. 180 Eurofighter, 60 Militär-Airbusse, 152 Transporthubschrauber, 4 Fregatten, 5 Korvetten, U-Boote, Marschflugkörper, Luft-Luft-Raketen etc.) zu erwarten:

Für die nächsten elf Jahre von 2004 bis 2014 ergibt sich dafür eine Gesamtsumme von 45,4 Mrd. Euro. Der tatsächliche Betrag wird aber wesentlich höher liegen, weil Preissteigerungen, die bei Rüstungsinvestitionen erfahrungsgemäß oberhalb der Inflationsrate liegen, dazu kommen werden. Es muss also nach derzeitigem Wissenstand bis 2014 mit Ausgaben für neue Waffen und Ausrüstungen inkl. FEE (Forschung, Entwicklung und Erprobung) in Höhe von mindestens 70 Mrd. Euro gerechnet werden.

Der große Deal mit der Rüstungsmafia

Schon kurz nach der o.g. Pressekonferenz des Bundesverteidigungsministeriums am 13.01.04 hat die Rüstungsindustrie Strucks „Sparkonzept“ und die aktuelle Umstrukturierung der Bundeswehr für weltweite Kriegeinsätze wärmstens begrüßt. Aktionäre und Konzernbosse der Rüstungsindustrie reiben sich die Hände, Konzernsprecher schwärmen von "größerer Planungssicherheit". Die profitierenden Rüstungskonzerne sind da wenig zurückhaltend: "Die Entscheidungen aus Berlin sind eine große Bestätigung unseres Auftragsbuches", so ein Sprecher des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS. Ebenso beurteilte der Rüstungskonzern Rheinmetall Strucks "vorgestellte Spar-Pläne grundsätzlich positiv". Bei der Kieler Howaldtswerke Deutsche-Werft AG (HDW) sagte ein Sprecher: "Uns hat die Ankündigung sehr gefreut, dass Struck weitere U-Boote des Typs 212 Alpha bestellen will." Die Aktien der meisten börsennotierten Rüstungsunternehmen legten in einem freundlichen Gesamtmarkt zu und Strucks "Schlachtfest" der Bundeswehr ließ den Aktienkurs von EADS

am Tage der Regierungserklärung zur Umstrukturierung der Bundeswehr um 3,5 Prozent steigen.

Schon 2002 forderte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) „eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um 3 Mrd. Euro pro Jahr.“ Der BDI-Präsident Rogowsky forderte: „Es muss deutlich mehr investiert werden.“ Ohne eine starke Rüstungsindustrie werde es „Deutschland schwer haben, seine Stimme zu erheben, wenn es um internationale Entscheidungen gehe.“ Das heißt nichts anderes, dass Konzerne, die durch die Rüstungsproduktion im ersten und zweiten Weltkrieg hohe Profite realisierten, auch heute wieder kräftig am Rüstungsgeschäft verdienen. So bezahlen letztendlich wiedereinander die lohnabhängig Beschäftigten und die von Massenarbeitslosigkeit betroffenen Menschen eine imperialistische Kriegspolitik für die Profite einiger weniger großer Konzerne.

Hamburg - Boomtown der Militarisierung

Mit der Universität der Bundeswehr, einem Bundeswehrkrankenhaus, der Führungsakademie in Blankenese ist Hamburg weiter auf Militärkurs, und am Rüstungsstandort Hamburg boomt das Geschäft mit dem Tod. Der Hafen ist ein wichtiger Umschlagplatz für den Rüstungsexport.

Die Politik des Beust – Senats mit dem „Konzept der wachsenden Stadt“ ist darauf gerichtet, Großkonzernen und Waffendealern wie Blohm & Voss und der EADS mit Millionensubventionen aus Hamburger Haushaltsmitteln günstige Verwertungs- und Profitbedingungen zu schaffen.

Allein für die Hamburger Filiale des größten Europäischen Rüstungskonzern EADS wurden bisher 665 Mio. EURO aus Hamburger Haushaltsmitteln bereitgestellt. Im Vergleich dazu sind im Hamburger Haushaltsplan etwa 200 Mio. EURO für alle Berufsschulen in Hamburg vorgesehen, nicht einmal ein Drittel von dem, was für die EADS vorgesehen ist.

Während gleichzeitig Lehrerstellen, Kindertagesheim -Plätze weggekürzt und Studiengebühren eingeführt werden und ein Frauenhaus geschlossen wird, soll das in der Hafencity geplante Militarismus und Krieg verherrlichende Marinemuseum des ehemaligen Chef des Axel - Springer-Verlag mal eben mit **30 Mio. Euro** aus dem Hamburger Haushalt gesponsert werden.

Auch am Beispiel Hamburg wird wieder mehr als einmal drastisch deutlich: Die immer wieder reklamierten „Sachzwänge“ für die aktuellen Sparorgien im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich aufgrund angeblich knapper Haushaltsmittel werden bewusst politisch herbeigeführt, damit Gelder in die Aufrüstung für weltweite Kriegseinsätze gepumpt werden können, während Schulen und Krankenhäuser wie der Hamburger LBK plattgemacht werden.

Schlussbemerkung und Fazit:

Die milliardenschwere Um- und Aufrüstung der Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze soll den deutschen Militärhaushalt stetig wachsen lassen, während gleichzeitig mit der Agenda 2010 der Sozialabbau betrieben wird.

Das ist Teil einer EU-weiten Politik. Die Europäische Sicherheitsdoktrin billigt eine sog. Präventivstrategie, wie die USA sie anwenden und verlässt damit ebenfalls den Konsens der Charta der Vereinten Nationen.

In dem EU-Verfassungsentwurf wird die ständige Erhöhung der Militärausgaben festgeschrieben und eine Rüstungsagentur begründet. Einen solchen Zwang zur Aufrüstung hat bisher noch keine Verfassung vorgeschrieben. So wird weiterer Sozialabbau zwangsläufig vorprogrammiert!

Es reicht: Alle gemeinsam auf die Straße gegen Kriegseinsätze und Sozialraubzüge!

Für die radikale Abrüstung bis hin zur Auflösung der Bundeswehr und die Verwendung der freiwerdenden Gelder für gesellschaftliche Aufgaben in den Bereichen Arbeit, Soziales, Bildung!

Kommt alle zur Demonstration zum Antikriegstag 2004, die unter der Losung „Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg!“ und „Abrüstung statt Sozialabbau!“ vom Hamburger Forum organisiert wird.

Mittwoch den 1. September 2004, 17.30 Uhr, Kriegsklotz / Dammtorbahnhof.